

## Ein Bollwerk in Zeiten des Klimawandels

Wonneberg – (al) Vor 10 Jahren hat die Jagdgenossenschaft in Wonneberg die Jagd in Eigenbewirtschaftung übernommen. Dieses Jubiläum wurde neulich als Anlass für eine Waldbegehung genommen. Zusammen mit Vertretern des BN (Bund Naturschutz), ÖJV (Ökologischer Jagdverein) Regionalgruppe Südostoberbayern, der ANW (Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft) und dem Leiter des Landwirtschaftsamtes Traunstein, Alfons Leitenbacher und dem Wonneberger Bürgermeister Martin Fenninger, wurde anschließend eine Rückschau gehalten. Es wurden aber auch, besonders durch den Klimawandel, schon bestehende und auf den Wald zukommende Herausforderungen besprochen. Der BN Traunstein hat dazu eine Pressemitteilung herausgegeben, auf die durch die Vertreterin des BN Traunstein, Beate Rutkowski, eingegangen wurde.

Von Jagdvorsteher Leonhard Strasser namentlich begrüßt wurden außerdem Hans Praxenthaler und Peter Fritzenwenger (ANW), Stefan Zauner (ÖJV), Sepp Ratzelsberger, Karl Fischer, Max Poschner (Revierförster) und der 2. Bürgermeister, Hermann Eder.

In seiner Rückschau erklärte Strasser, warum die Wonneberger Jagdgenossenschaft (JG) 2008, kurz nach seiner Wahl zu ihrem Vorsitzenden, entschieden hat, die Verpachtung des Jagdausübungsrechtes zu beenden und ab 2010 die Jagd in Eigenregie zu übernehmen. Die Verbissgutachten von 2004 und 2007 seien trotz jeweiliger Abschussquotenerhöhungen immer schlechter ausgefallen, was sich 2010 noch einmal bestätigt hat. Die einheimischen Jäger hätten zum Vorwand ihrer Verweigerung von mehr Abschüssen angeführt, dadurch auch noch das letzte Reh erschießen zu müssen. „Ein großer Teil der Jäger war einfach nicht bereit, einen dem Wald angepassten Wildbestand herzustellen“, so der Jagdvorsteher. Deshalb sei die Eigenbewirtschaftung beschlossen worden. Dies sei nicht geschehen, weil dadurch unbedingt alles besser würde, sondern weil die bisherige Verpachtung nicht zur Zufriedenheit der Jagdgenossenschaft und zur Erhaltung eines gesunden und zukunftsfähigen Waldes geführt habe. Den einheimischen

Jägern wurde angeboten bei der Eigenbewirtschaftung mitzumachen, was die meisten jedoch leider ablehnten. Um einen angemessenen Jagdbetrieb aufrecht zu erhalten, mussten deshalb auswärtige Jäger hinzugezogen werden. Das Jagdgebiet wurde in der Folgezeit in Pirschbezirke aufgeteilt, für die der jeweilige Jäger einen für ein Jahr geltenden Begehungsschein erhalten hat. Die JG konnte aber auch außerhalb der gesetzlichen Bestimmungen Vorgaben erteilen, z. B. ein Untersagen des Abschusses von Haustieren oder dem Eichelhäher.

Für die Entscheidung der Eigenregie der Jagd mussten anfänglich einige unschöne Vorkommnisse in Kauf genommen werden, sagte Strasser. Es sei aber sicher nicht um die Ausrottung der Rehe gegangen, wie der Jagdgenossenschaft vorgeworfen worden sei, sondern lediglich um die Anpassung des Rehbestandes an einen gesunden, vielfältigen und zukunftsfähigen Wald. Von diesen zaunfreien artenreichen Wäldern profitiere letztlich auch das Wild. Er und die Mitglieder der JG wollten sich gerade jetzt in Zeiten der Klimaveränderung nicht dem Vorwurf kommender Generationen aussetzen, nicht genug für das Erreichen dieser Ziele getan zu haben. „Unsere Enkelkinder brauchen keine Jagdtrophäen, die auf dem Dachboden verstauben, sondern einen Wald, der die Ökosystemleistungen und Allgemeinwohlfunktionen erfüllen kann.“ Die JG wolle deshalb vor allem auch Leute aus dem heimischen Umkreis ansprechen, einen Jagdschein zu erwerben, denn auch die JG wisse, auf Dauer

könne nicht auf auswärtige Jäger gezählt werden. Es würden in jedem Fall Jäger gebraucht, die bereit seien, eine waldfreundliche Jagd zu betreiben und nicht eine der Allgemeinheit, dem Wald und den Waldbauern schadende Trophäenideologie zu verfolgen. Strasser bedankte sich bei den anwesenden Jägern für Ihre geleistete Arbeit. Sie haben es in den letzten Jahren durch ihren unermüdlichen Einsatz geschafft, das Verbissgutachten von zu hoch auf günstig zu drehen und das in einer roten (zu hoher Verbiss) Hegegemeinschaft. Eine waldfreundliche Jagd dient dem Wald, den Wildtieren und letztlich uns allen. Der Waldbegang hat wieder mal gezeigt, Jagd ist nicht alles, aber ohne waldorienteerte Jagd ist alles nichts.

Abschließend bedankte sich Strasser noch bei Bürgermeister Fenninger sehr herzlich für dessen unvoreingenommene, stetige Unterstützung der Belange und Interessen der Waldbauern und der Jagd in der Gemeinde.

In der von Beate Rutkowski zur Sprache gebrachten Pressemitteilung des BN wird auf die Dringlichkeit von Maßnahmen, insbesondere wegen des Klimawandels, zur Erhaltung und Verjüngung der heimischen Wälder hingewiesen. Hans Praxenthaler, Vorsitzender der ANW für den Rupertwinkel, sagt in dieser Pressemitteilung; „Wenn die alten Bäume und Wälder „oben“ absterben, ist es verheerend, wenn „unten“ nichts nachwächst, oder nur ungeeignete Baumarten“. Beate Rutkowski ergänzt dazu; „Es muss in Zeiten des Klimawandels möglich sein, eine Verjüngung aller standortheimischer Baumarten durch eine Revierangepasste Jagd zu erreichen. Die guten Ansätze im Bayerischen Jagdgesetz beim Waldverjüngungsziel, bei den revierweisen Forstlichen Gutachten und der behördlichen Abschussplanung müssen bewahrt und weiterentwickelt werden.“ Der im Juli vom Bundeslandwirtschaftsministerium vorgelegte Gesetzentwurf werde dieser Verantwortung nicht gerecht und müsse nachgebessert werden, wird in der Pressemitteilung des BN festgestellt. Es dürfe nicht dem Lobbyismus einiger Jagdverbände gefolgt werden.

**Links im Vordergrund Jagdvorsteher Leonhard Strasser, rechts davon Stefan Strasser, der neue Fachreferent des ÖJV Bayern. In der Mitte referiert der zuständige Förster Max Poschner. Zweiter von rechts Alfons Leitenbacher, Amtsleiter AELF in Traunstein, hinter ihm Sepp Ratzelsberger. (Foto © ÖJV Bayern)**

